



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Nachrichten » Wirtschaft » **Wirtschaft aus der MAZ**

08.06.2011

AGRAR: Protest gegen Massentierhaltung

Sternfahrt junger Bauern macht in Haßleben Station

POTSDAM - Im uckermärkischen Haßleben wurde gestern gegen die dort geplante Schweinemastanlage protestiert. Vertreter der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) machten auf ihrer Trecker-Sternfahrt nach Berlin Station in Haßleben. „Wir haben nichts gegen den Ort und auch nichts gegen Bauern“, die Schweine mästen wollen, so Sternfahrt-Teilnehmer Marcus Wewer. Aber die Größenordnung der geplanten Mastanlage passe nicht. Die Sternfahrer setzen sich für eine bäuerliche, tiergerechte und ökologische Agrarpolitik ein. Morgen endet die Sternfahrt mit einer Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt.

In Haßleben plant der niederländische Investor Harry van Gennip in einer noch aus DDR-Zeiten stammenden Mastanlage rund 68 000 Schweine zu halten. Seit acht Jahren wird das Vorhaben kontrovers diskutiert. Solche Massentierhaltungen würden mit großen Stickstoffausstößen einhergehen, argumentiert Thomas Volpers, stellvertretender Vorsitzender des BUND-Landesverbandes. Er fürchtet Schäden für umliegende Gewässer und schützenswerte Gebiete wie Naturpark und Biosphärenreservat. Auch der Tierschutz sei problematisch.

Ursprünglich sollten in der Mastanlage sogar bis zu 85 000 Schweine untergebracht werden. Doch selbst die abgespeckte Variante hat Brandenburg bis heute nicht genehmigt. Es gab hunderte Einwendungen von Anwohnern und Auflagen des Landesumweltamtes.

Den Investor habe das nicht entmutigt, wie Helmut Rehhahn der MAZ sagt. Der ehemalige Agrarminister von Sachsen-Anhalt und heutige Unternehmensberater vertritt die Interessen van Gennips. Rehhahn verweist darauf, dass in der Haßlebener Anlage bereits rund 900 Ferkel stehen. Der Betrieb im kleinen Rahmen wurde vom Landkreis genehmigt. Außerdem liefern Solarmodule auf den Stalldächern seit 2009 gut vier Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr.

Anfang 2011 hieß es, dass eventuell in diesem Jahr eine Entscheidung fällt. Das wollte Frauke Zelt, Sprecherin des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV), nicht bestätigen. Man warte auf eine fachliche Stellungnahme des Landkreises Uckermark. Der spielt den Ball zurück. In dieser Sache hätte das Landesamt längst selbst entscheiden können, so Kreis-Sprecherin Ramona Fischer. Für die fachliche Bewertung eines aktuellen Gutachtens hätte das LUGV die richtigen Experten. Der Landkreis aber müsse nun externe Büros beauftragen. Das führe zu zeitlichen Verzögerungen, klagt sie. (so)



0 tweet

Ihre Meinung ist gefragt!